



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Katja Weitzel SPD**

### **Bayernweite Verbleibstudie für Pflegeauszubildende und Pflegefachkräfte – Evidenzbasierte Grundlagen für die Pflegepolitik schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine umfassende Längsschnittstudie „Berufseinkündigung und Verbleib in der Pflege in Bayern“ in Auftrag zu geben, die über einen Zeitraum von etwa 8 Jahren die beruflichen Werdegänge aller Pflegeauszubildenden und -absolventen in Bayern wissenschaftlich begleitet. Dabei sollen alle staatlich anerkannten Pflegeschulen und Hochschulen mit pflegebezogenen Studiengängen in Bayern zur Teilnahme gewonnen und die rechtlichen Grundlagen für eine regelmäßige Datenerhebung geschaffen werden. Auch sollen die Auswirkungen der seit 2020 eingeführten generalistischen Pflegeausbildung durch einen direkten Vergleich „traditionell“ und generalistisch ausgebildeter Pflegekräfte untersucht werden.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, ein „Pflegepanel Bayern“ nach dem Vorbild des erfolgreichen NRW-Pflegepanels zu etablieren, z. B. in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bayern (IAB), der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) und bayerischen Hochschulen. Das Pflegepanel soll die zwei zentralen Bereiche der Ausbildung und des Berufslebens in der Pflege umfassen. Im Bereich der Ausbildung werden die Qualität der theoretischen und praktischen Ausbildung sowie der Übergang von der Ausbildung in den Beruf untersucht. Im Bereich des Berufslebens stehen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsumgebung, Führung und Organisationskultur, psychische und physische Belastungen sowie Vergütung und Arbeitsplatzsicherheit im Fokus.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über die (Zwischen-)Ergebnisse der Studie sowie jährlich über die Erkenntnisse aus dem Pflegepanel zu berichten – jeweils mit konkreten Handlungsempfehlungen für die bayerische Pflegepolitik.

### **Begründung:**

Bayern steht wie alle Bundesländer vor enormen Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung. Allein in Bayern werden bis zum Jahr 2030 voraussichtlich rund 34 200 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. Gleichzeitig ist in der Öffentlichkeit oft von einem „Pflexit“ die Rede – einem massenhaften Ausstieg aus den Pflegeberufen. Zumindest spielen nicht wenige Pflegekräfte nach eigener Aussage mit dem Gedanken, aus dem Beruf auszusteigen oder in Teilzeit zu gehen. Das Pflege-Monitoring der VdPB bietet zwar Daten zur Versorgungslage, aber keine belastbaren empirischen Daten über

die Verbleibquoten, Karrierewege und Ausstiegsgründe in der Pflege. Ohne diese Datengrundlage bleiben politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege ohne tiefgreifende Wirkung.

Die 2022 veröffentlichte NRW-Studie „Berufseinmündung und Verbleib in der Pflege in Nordrhein-Westfalen“ hat die Erzählung des massenhaften frühen Berufsausstiegs widerlegt. Die Ergebnisse zeigen eine mittlere Berufsverweildauer von über 18 Jahren in der Gesundheits- und Krankenpflege und über 13 Jahren in der Altenpflege. Gleichzeitig deckte die Studie systematische Probleme auf: Nur etwa 50 Prozent der Pflegenden sind mit ihrem Beruf zufrieden, lediglich ein Drittel bewertet Arbeitsbedingungen und Löhne positiv. Über 90 Prozent der Befragten nannten einen ausreichenden Personalschlüssel als wichtigsten Verbesserungsfaktor. Diese differenzierten Erkenntnisse ermöglichen eine evidenzbasierte Politik.

Internationale Studien zeigen, dass systematische Interventionen wie Mentorship-Programme die Fluktuation im ersten Berufsjahr deutlich senken kann. Verbesserte Personalschlüssel verringern die Mortalität und Kündigungsabsicht signifikant. Bundesweit könnten durch bessere Arbeitsbedingungen zusätzliche Vollzeit-Pflegekräfte durch Rückkehr oder Stundenaufstockung gewonnen werden. Die Auswirkungen der seit 2020 eingeführten generalistischen Pflegeausbildung auf Zufriedenheit und Verbleib müssen wissenschaftlich untersucht werden, da erste Hinweise auf eine höhere Mobilität der Absolventen hindeuten.

Während Querschnittstudien nur Momentaufnahmen liefern, ermöglichen Längsschnittstudien die Analyse von Entwicklungsverläufen und Kausalzusammenhängen. Das vorgeschlagene „Pflegepanel Bayern“ würde ermöglichen, präzise Vorhersagen über den Fachkräftebedarf zu treffen, eine Evaluation der Wirksamkeit politischer Maßnahmen durchzuführen, kritische Zeitpunkte im Berufsverlauf zu bestimmen und maßgeschneiderter Interventionsstrategien zu entwickeln.

Die Investition in eine solche Studie lohnt sich, da die Studienergebnisse dazu beitragen, zusätzliche Pflegekräfte in Bayern zu halten oder zurückzugewinnen. Bei Rekrutierungskosten für eine Pflegefachkraft von 15.000 bis 25.000 Euro hat sich die Investition bereits bei 150 zusätzlichen Pflegekräften bezahlt gemacht. Darüber hinaus entstehen durch unzureichende Personalausstattung massive Folgekosten für die gesamte Volkswirtschaft, die vermieden werden könnten.

Als bevölkerungsreichstes Bundesland nach Nordrhein-Westfalen hat Bayern eine besondere Verantwortung für die Weiterentwicklung der Pflegeforschung in Deutschland. Die Staatsregierung hat wiederholt die Bedeutung der Pflege für die Daseinsvorsorge betont. Nun gilt es, den Ankündigungen auch evidenzbasierte und damit wirkungsvolle Maßnahmen folgen zu lassen. Die beantragten Studien sind keine akademische Spielerei, sondern liefern konkrete Handlungsempfehlungen für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Ausbildungsqualität und letztendlich eine bessere Versorgung der Menschen in Bayern.